

Bundesgesetzblatt ⁸⁴⁹

Teil II

G 1998

2007

Ausgegeben zu Bonn am 16. Juli 2007

Nr. 20

Tag	Inhalt	Seite
31. 5.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1985 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert	850
11. 6.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Unidroit-Übereinkommens über das internationale Factoring	850
11. 6.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens über das Internationale Kälteinstitut	851
11. 6.2007	Bekanntmachung des deutsch-jordanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	851
12. 6.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POPs-Übereinkommen)	854
12. 6.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon	855
13. 6.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht	856
19. 6.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe	856
21. 6.2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags vom 27. Mai 2005 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration	857
25. 6.2007	Bekanntmachung des Corrigendum 1 und Berichtigung der Anlage zur 18. ADR-Änderungsverordnung	865

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von 1985 zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses
um mindestens 30 vom Hundert**

Vom 31. Mai 2007

Das Protokoll vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwebelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert (BGBl. 1986 II S. 1116) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Litauen
in Kraft treten.
am 13. Juni 2007

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. April 2000 (BGBl. II S. 780).

Berlin, den 31. Mai 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Unidroit-Übereinkommens
über das internationale Factoring**

Vom 11. Juni 2007

Das Unidroit-Übereinkommen vom 28. Mai 1988 über das internationale Factoring (BGBl. 1998 II S. 172) wird nach seinem Artikel 14 Abs. 2 für die Ukraine am 1. Juli 2007 in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. August 1998 (BGBl. II S. 2375).

Berlin, den 11. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
über das Internationale Kälteinstitut**

Vom 11. Juni 2007

Belgien hatte am 23. Juni 2006 seinen Austritt aus dem in Paris am 1. Dezember 1954 unterzeichneten Internationalen Abkommen über das Internationale Kälteinstitut zur Ablösung des Abkommens vom 21. Juni 1920 in dessen Fassung vom 31. Mai 1937 (BGBl. 1959 II S. 933) erklärt, der gemäß der Mitteilung des Verwahrers am 9. Oktober 2006 wirksam geworden ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. August 1981 (BGBl. II S. 627).

Berlin, den 11. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
des deutsch-jordanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 11. Juni 2007

Das in Amman am 16. April 2007 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Finanzielle Zusammenarbeit 2006/2007 ist nach seinem Artikel 6

am 16. April 2007

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Juni 2007

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Michael Hofmann

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien
über Finanzielle Zusammenarbeit 2006/2007

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien –
 im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Haschemitischen Königreich Jordanien,
 im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
 partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und
 zu vertiefen,
 im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
 die Grundlage dieses Abkommens ist,
 in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
 im Haschemitischen Königreich Jordanien beizutragen,
 unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 9. November 2006 und einen ergänzenden
 Vorschlag im Schreiben des Ministeriums für Planung und internationale Kooperation des Haschemitischen Königreichs Jordanien vom 26. November 2006 –
 sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

Darlehen von insgesamt 26 500 000,– EUR (in Worten: sechszwanzig Millionen fünfhunderttausend Euro) für die Vorhaben:

- a) „Wasserversorgung Groß-Amman III“ bis zu 6 200 000,– EUR (in Worten: sechs Millionen zweihunderttausend Euro),
- b) „Wasserleitungen nördliche Gouvernorate“ bis zu 15 000 000,– EUR (in Worten: fünfzehn Millionen Euro),
- c) „Wassermanagement mittlere Gouvernorate“ bis zu 5 300 000,– EUR (in Worten: fünf Millionen dreihunderttausend Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2014.

(3) Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge im Haschemitischen Königreich Jordanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Das im Abkommen vom 13. Oktober 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Abwasserentsorgung Groß-Irbid I, Aufstockung“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 4 867 808,11 EUR (in Worten: vier Millionen acht-hundertsebenundsechzigtausendachthundertacht Euro und elf Cent) reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a erwähnte Vorhaben „Wasserversorgung Groß-Amman III“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Der im Abkommen vom 1. August 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Finanzielle

Zusammenarbeit für das Vorhaben „Industrial Development Bank IX“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Betrag von 717 875,52 EUR (in Worten: siebenhundertsiebzehntausendachthundertfünfundfundsiebzig Euro und zweiundfünfzig Cent) reprogrammiert und zusätzlich für das Vorhaben „Schulbauprogramm II“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(3) Die im Abkommen vom 14. August 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Finanzielle Zusammenarbeit 2001 für Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Managementvertrag Gouvernorate Irbid, Jerash, Mafraq und Ajloun“ vorgesehenen Finanzierungsbeiträge werden

a) mit einem Betrag von 740 000,- EUR (in Worten: siebenhundertvierzigtausend Euro) reprogrammiert und zusätzlich für

die Begleitmaßnahme zum Vorhaben „Wasserverlustreduzierung Karak“ verwendet,

b) mit einem Betrag von 155 502,57 EUR (in Worten: einhundertfünfundfünfzigtausendfünfhundertzwei Euro und siebenundfünfzig Cent) reprogrammiert und zusätzlich für die Begleitmaßnahme zum Vorhaben „Wasserversorgung Groß-Amman“ verwendet.

(4) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der in den Absätzen 1 bis 3 erwähnten Abkommen auch für die Vorhaben beziehungsweise Begleitmaßnahmen, in welche die reprogrammierten Mittel einfließen.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Amman am 16. April 2007 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

K. Burkhardt

Für die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien

Suhair Al Ali

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Stockholmer Übereinkommens
über persistente organische Schadstoffe (POPs-Übereinkommen)**

Vom 12. Juni 2007

I.

Das von der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 2001 unterzeichnete Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (BGBl. 2002 II S. 803) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Angola	am 21. Januar 2007
Bangladesch	am 10. Juni 2007
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung	
Costa Rica	am 7. Mai 2007
Komoren	am 24. Mai 2007
Kongo	am 13. Mai 2007
Korea, Republik	am 25. April 2007
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung	
Kroatien	am 30. April 2007
Nepal	am 4. Juni 2007
Tadschikistan	am 9. Mai 2007

in Kraft getreten.

Es wird ferner für

Dominikanische Republik	am 2. August 2007
Gabun	am 5. August 2007

in Kraft treten.

II.

Bangladesch hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 12. März 2007 die nachfolgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

“Pursuant to Article 25, paragraph 4, of the Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants, Bangladesh hereby declares that any amendment to Annex A, B or C shall enter into force for Bangladesh only upon the deposit by Bangladesh of its instrument of ratification, acceptance or approval with respect thereto.”

„Nach Artikel 25 Absatz 4 des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe erklärt Bangladesch hiermit, dass jede Änderung der Anlage A, B oder C für Bangladesch erst bei Hinterlegung der sich auf diese Änderung beziehenden Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch Bangladesch in Kraft tritt.“

Korea, Republik, hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 25. Januar 2007 die nachfolgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

(Courtesy Translation) (Original: Korean)

(Höflichkeitsübersetzung) (Original: Korea-nisch)

“The Republic of Korea, in accordance with Article 25, paragraph 4 of the Convention, declares that, with respect to the Republic of Korea, any amendment to Annex A, B or C shall enter into force only upon the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession with respect thereto.”

„Die Republik Korea erklärt nach Artikel 25 Absatz 4 des Übereinkommens, dass jede Änderung der Anlage A, B oder C für die Republik Korea erst bei Hinterlegung ihrer sich auf diese Änderung beziehenden Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. Januar 2007 (BGBl. II S. 610).

Berlin, den 12. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend
die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon**

Vom 12. Juni 2007

Das Protokoll vom 30. November 1999 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (BGBl. 2004 II S. 884) wird nach seinem Artikel 17 Abs. 2 in Kraft treten für

Frankreich	am 9. Juli 2007
Zypern	am 10. Juli 2007.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. Januar 2007 (BGBl. II S. 222).

Berlin, den 12. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht

Vom 13. Juni 2007

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Wiener Übereinkommen vom 22. März 1985 zum Schutz der Ozonschicht (BGBI. 1988 II S. 901) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. April 2005 (BGBl. II S. 567).

Berlin, den 13. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe

Vom 19. Juni 2007

Das Übereinkommen vom 27. Juni 1980 zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (BGBl. 1985 II S. 714) ist nach seinem Artikel 57 Abs. 2 für die

Karibische Gemeinschaft am 15. Mai 2007
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Dezember 2006 (BGBl. 2007 II S. 23).

Berlin, den 19. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Vertrags vom 27. Mai 2005
zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland,
dem Königreich Spanien, der Französischen Republik,
dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande
und der Republik Österreich
über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,
insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenz-
überschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration**

Vom 21. Juni 2007

1

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. Juli 2006 zu dem Vertrag vom 27. Mai 2005 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration (Prüm Vertrag) (BGBl. 2006 II S. 626), wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 50 Abs. 1 Satz 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 23. November 2006
in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde war am 25. August 2006 im Auswärtigen Amt in Berlin hinterlegt worden.

Der Vertrag ist ferner in Kraft getreten für

Österreich am 1. November 2006
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen

Spanien am 1. November 2006
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung.

Der Vertrag ist ferner nach seinem Artikel 51 (Beitritt) in Kraft getreten für

Finnland am 17. Juni 2007
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen.

Deutschland hat anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 25. August 2006 die nachfolgenden Erklärungen gemäß Artikel 2 Abs. 3 des Vertrags abgegeben:

„Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde

– gemäß Art. 2 Abs. 3 des Vertrages vom 27. Mai 2005 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration – Vertrag von Prüm –

finden für die Bundesrepublik Deutschland die Artikel 2 bis 6 des Vertrages Anwendung auf die nationale „DNA-Analyse-Datei“, die als Verbundanwendung im Bundeskriminalamt gemäß der Paragraphen 2, 7 und 8 des Gesetzes über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (BKAG) geführt wird.

Die DNA-Analyse-Datei dient der Zuordnung von Tatortspuren zu bekannten Straftätern mit dem Ziel der Aufklärung von Straftaten. Sie beinhaltet neben Verwaltungs- und Falddaten auch personenbezogene Daten. Zum Zwecke des Abgleichs im Rahmen des Vertrages von Prüm werden jedoch nur Fundstellendatensätze gemäß Art. 2 Abs. 2 Satz 2 des Vertrages zur Verfügung gestellt. Es handelt sich somit um eine Teilmenge der in der DNA-Analyse-Datei erfassten Daten.

- gemäß Art. 42 Abs. 1 des Vertrages von Prüm
über die Benennung der Behörden, die für die Anwendung des Vertrages zuständig sind.

1. Nach Artikel 6 Absatz 1 die nationale Kontaktstelle für den automatisierten Abruf und Abgleich von DNA-Profilen:

Bundeskriminalamt
65173 Wiesbaden
Telefon: 00 49 (0) 6 11-55-1 31 01 (Polizeiführer vom Dienst)
Fax: 00 49 (0) 6 11-55-1 21 41 (zentraler Faxanschluss des BKA)
E-Mail: mail@bka.bund.de

2. Nach Artikel 11 Absatz 1 die nationale Kontaktstelle für den automatisierten Abruf von daktyloskopischen Daten:

Bundeskriminalamt
65173 Wiesbaden
Telefon: 00 49 (0) 6 11-55-1 31 01 (Polizeiführer vom Dienst)
Fax: 00 49 (0) 6 11-55-1 21 41 (zentraler Faxanschluss des BKA)
E-Mail: mail@bka.bund.de

3. Nach Artikel 12 Absatz 2 die nationalen Kontaktstellen für den automatisierten Abruf von Daten aus den Fahrzeugregistern:

Für eingehende Ersuchen:

Kraftfahrt-Bundesamt
Fördestraße 16
24944 Flensburg
Telefon: 00 49 (0) 4 61-3 16-20 50
00 49 (0) 4 61-3 16-16 00 (24 h)
Fax: 00 49 (0) 4 61-3 16-29 42
E-Mail: kba@kba.de

Für ausgehende Ersuchen:

Bundeskriminalamt
65173 Wiesbaden
Telefon: 00 49 (0) 6 11-55-1 31 01 (Polizeiführer vom Dienst)
Fax: 00 49 (0) 6 11-55-1 21 41 (zentraler Faxanschluss des BKA)
E-Mail: mail@bka.bund.de

4. Nach Artikel 5 die nationalen Kontaktstellen für den Informationsaustausch im Zusammenhang mit Großveranstaltungen:

Bundeskriminalamt
65173 Wiesbaden
Telefon: 00 49 (0) 6 11-55-1 31 01 (Polizeiführer vom Dienst)
Fax: 00 49 (0) 6 11-55-1 21 41 (zentraler Faxanschluss des BKA)
E-Mail: mail@bka.bund.de

Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS)
Landeskriminalamt Düsseldorf
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Telefon: 00 49 (0) 2 11-9 39-43 00, -43 01,-43 05
Fax: 00 49 (0) 2 11-9 39-43 99
E-Mail: zis@mail.lka.nrw.de

außerhalb Bürozeiten der ZIS

Dauerdienst Landeskriminalamt Düsseldorf
Telefon: 00 49 (0) 2 11-9 39-41 12
Fax: 00 49 (0) 2 11-9 39-41 19
E-Mail: poststelle@lka.polizei.nrw.de

5. Nach Artikel 16 Absatz 3 die nationale Kontaktstelle für die Übermittlung von Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten:

Bundeskriminalamt
65173 Wiesbaden
Telefon: 00 49 (0) 6 11-55-1 31 01 (Polizeiführer vom Dienst)
Fax: 00 49 (0) 6 11-55-1 21 41 (zentraler Faxanschluss des BKA)
E-Mail: mail@bka.bund.de

6. Nach Artikel 19 die nationalen Kontakt- und Koordinierungsstellen für die Flugsicherheitsbegleiter:

Bundespolizeiamt Flughafen Frankfurt/Main
Zentrale Ansprechstelle für Flugsicherheitsbegleitungen (ZAF)
60532 Frankfurt/Main
Tel.: 00 49 (0) 69 34 00 56 03 (24 h)
00 49 (0) 17 32 57 46 77
Fax: 00 49 (0) 69 34 00 56 99
E-Mail: fsb@polizei.bund.de

7. Nach Artikel 22 die nationalen Kontakt- und Koordinierungsstellen für die Dokumentenberater:

Bundespolizeidirektion
56068 Koblenz
Tel.: 00 49 (0) 2 61 39 9-0 (24 h)
Fax: 00 49 (0) 2 61 39 9-2 18
E-Mail: bpold@polizei.bund.de

8. Nach Artikel 23 Absatz 3 die nationalen Kontaktstellen für die Planung und Durchführung von Rückführungen:

Bundespolizeidirektion
56068 Koblenz
Tel.: 00 49 (0) 2 61 39 9-0 (24 h)
Fax: 00 49 (0) 2 61 39 9-2 18
E-Mail: bpold@polizei.bund.de

9. Nach den Artikeln 24 bis 27 die zuständigen Behörden und Beamten.

Unter Berücksichtigung von Art. 47 des Vertrages von Prüm finden vorrangig Anwendung die bi- und multilateralen Polizei- und Justizverträge, die die Bundesrepublik Deutschland mit ihren unmittelbaren Nachbarstaaten abgeschlossen hat.

Im Einzelnen gilt Folgendes:

- a. Nach Artikel 24 Abs. 1 (gemeinsame Einsatzformen)

Alle Dienststellen der Polizeien der Länder und der Bundespolizei.

Fehlt es hinsichtlich der gemeinsamen Einsatzform an einer spezielleren, vertraglichen Regelung und besteht kein unmittelbarer grenzüberschreitender Bezug, so ist in diesen Ausnahmefällen das Einvernehmen des Bundesministeriums des Innern bzw. der betroffenen Innenministerien der Länder einzuholen.

- b. Nach Artikel 25 Absatz 4 Satz 1 („unverzügliche Unterrichtung“ bei Grenzüberschreitung)

Bei Grenzüberschreitung ist unverzüglich die jeweils örtlich zuständige Einsatzleitstelle der Polizeien der Länder und der Bundespolizei zu unterrichten.

- c. Nach Artikel 26 („Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen“)

Für Hilfeleistungen bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen können grundsätzlich alle Dienststellen der Polizeien der Länder, der Bundespolizei und das Bundeskriminalamt zuständig sein.

- d. Nach Artikel 27 (Zusammenarbeit auf Ersuchen)

Bundeskriminalamt
65173 Wiesbaden
Telefon: 00 49 (0) 6 11-55-1 31 01 (Polizeiführer vom Dienst)
Fax: 00 49 (0) 6 11-55-1 21 41 (zentraler Faxanschluss des BKA)
E-Mail: mail@bka.bund.de“

II.

Finland hat anlässlich der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 19. März 2007 die nachfolgenden Erklärungen gemäß Artikel 2 Abs. 3 des Vertrags abgegeben:

(Übersetzung)

“The Declaration of the Republic of Finland pursuant to Article 2 paragraph 3 of the Treaty

„Erklärung der Republik Finnland nach Artikel 2 Absatz 3 des Vertrags

For Finland the DNA database referred to in Article 2 paragraph 3 of the Treaty is the National DNA Database which forms a part of the data content of the Police ID Database established under the Finnish Coercive Measures Act (450/1987) and the Act on the Processing of Personal Data by Police (761/2003). The DNA profile can be stored in the Police ID Database for the performance of the duties pursuant to Section 1 paragraph 1 of the Police Act (493/1995). The Supreme Police Command is responsible authority (file keeper) for the database. The National Bureau of Investigation (NBI) is in charge of maintaining and using the DNA Database. When a DNA

Für Finnland ist die in Artikel 2 Absatz 3 des Vertrags genannte DNA-Datenbank die Nationale DNA-Datenbank, deren Daten Teil der aufgrund des finnischen Gesetzes über Zwangsmäßignahmen („Coercive Measures Act“, 450/1987) und des Gesetzes über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizei („Act on the Processing of Personal Data by Police“, 761/2003) errichteten erkennungsdienstlichen Datenbank der Polizei sind. Das DNA-Profil kann zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus Abschnitt 1 Paragraph 1 des Polizeigesetzes („Police Act“, 493/1995) ergeben, in der erkennungsdienstlichen Datenbank der Polizei gespei-

sample is taken from a criminal suspect or from a convicted offender in accordance with the provisions of the Coercive Measures Act, respective entries are made on the Police ID Database.

Under section 37 of the Act on the Processing of Personal Data by Police the police may supply data from a police personal data file established for the purpose of performing duties laid down in section 1(1) of the Police Act to police authorities and other authorities within the Member States of the European Union and within the European Economic Area whose duties include securing judicial and social order, maintaining public order and security or preventing or investigating offences and forwarding them to a prosecutor for consideration of charges, if the data is essential for performing the duties in question. Data from a police personal data file established for the purpose of performing duties laid down in section 1(3) of the Police Act may be supplied if the data is essential for the performance of the duty for which the data was collected and recorded.

The Declaration of the Republic of Finland pursuant to Article 42 paragraph 1; National Contact and coordination points, authorities and officers

1. According to article 6 paragraph 1 the national contact point for DNA-analysis:

National Bureau of Investigation
Criminal Intelligence Division/
Communications Centre
P.O. Box 285 (visiting address:
Jokiniemenkuja 4)
FI-01301 VANTAA, FINLAND
Phone 24/7: +358 9 8388 6281
Telefax +358 9 8388 6299
E-mail: KRP-RTP-VLP@krp.polisi.fi
(NOTE: DNA analysis available during office hours)

2. According to article 11 paragraph 1 the national contact point for fingerprints:

chert werden. Die zuständige Behörde („file keeper“) für die Datenbank ist die Oberste Polizeiführung („Supreme Police Command“). Die Nationale Ermittlungsbehörde („National Bureau of Investigation“, NBI) ist zuständig für die Pflege und Nutzung der DNA-Datenbank. Wird von einem Tatverdächtigen oder einem verurteilten Straftäter im Einklang mit dem Gesetz über Zwangsmaßnahmen eine DNA-Probe genommen, so werden in der polizeilichen Erkennungsdatenbank entsprechende Einträge gemacht.

Nach Abschnitt 37 des Gesetzes über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizei kann die Polizei Daten aus einer polizeilichen Datei mit personenbezogenen Daten, die zum Zweck der Erfüllung von in Abschnitt 1 Paragraph 1 des Polizeigesetzes niedergelegten Verpflichtungen errichtet wurde, an Polizeibehörden und andere Behörden innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums weitergeben, deren Pflichten die Sicherung der justiziellen und sozialen Ordnung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und die Verhinderung beziehungsweise Untersuchung von Straftaten sowie die Weiterleitung solcher Fälle an einen Staatsanwalt zur Prüfung der Anklage umfassen, sofern die Daten für die Erfüllung der jeweiligen Verpflichtungen unabdingbar sind. Daten aus einer polizeilichen Datei mit personenbezogenen Daten, die zum Zweck der Erfüllung von in Abschnitt 1 Paragraph 3 des Polizeigesetzes niedergelegten Verpflichtungen errichtet wurde, können dann weitergegeben werden, wenn die Daten für die Erfüllung der Verpflichtung, für die sie erhoben und aufgezeichnet wurden, unabdingbar sind.

Erklärung der Republik Finnland nach Artikel 42 Absatz 1; nationale Kontakt- und Koordinierungsstellen, Behörden und Beamté

1. Nationale Kontaktstelle für die DNA-Analyse nach Artikel 6 Absatz 1:

National Bureau of Investigation
[Nationale Ermittlungsbehörde]
Criminal Intelligence Division/
Communications Centre [kriminalpolizeiliche Abteilung/Kommunikationszentrum]
P.O. Box 285 (Hausanschrift:
Jokiniemenkuja 4)
FI-01301 Vantaa, Finnland
Tel. (24 Stunden):
+358 9 8388 6281
Fax: +358 9 8388 6299
E-Mail: KRP-RTP-VLP@krp.polisi.fi
(Hinweis: DNA-Analyse während der Bürozeiten möglich)

2. Nationale Kontaktstelle für die daktyloskopischen Daten nach Artikel 11 Absatz 1:

- National Bureau of Investigation
Criminal Intelligence Division/
Communications Centre
P.O. Box 285 (visiting address:
Jokiniemenkuja 4)
FI-01301 VANTAA, FINLAND
Phone 24/7: +358 9 8388 6281
Telefax +358 9 8388 6299
E-mail: KRP-RTP-VLP@krp.poliisi.fi
(NOTE: fingerprint analysis available during office hours)
- National Bureau of Investigation
[Nationale Ermittlungsbehörde]
Criminal Intelligence Division/
Communications Centre [kriminalpolizeiliche Abteilung/Kommunikationszentrum]
P.O. Box 285 (Hausanschrift:
Jokiniemenkuja 4)
FI-01301 Vantaa, Finnland
Tel. (24 Stunden):
+358 9 8388 6281
Fax: +358 9 8388 6299
E-Mail: KRP-RTP-VLP@krp.poliisi.fi
(Hinweis: Fingerabdruck-Analyse während der Bürozeiten möglich)
3. According to article 12 paragraph 2 the national contact point for vehicle registration data:
- National Bureau of Investigation
Criminal Intelligence Division/
Communications Centre
P.O. Box 285 (visiting address:
Jokiniemenkuja 4)
FI-01301 VANTAA, FINLAND
Phone 24/7: +358 9 8388 6281
Telefax +358 9 8388 6299
E-mail: KRP-RTP-VLP@krp.poliisi.fi
3. Nationale Kontaktstelle für die Daten aus den Fahrzeugregistern nach Artikel 12 Absatz 2:
- National Bureau of Investigation
[Nationale Ermittlungsbehörde]
Criminal Intelligence Division/
Communications Centre [kriminalpolizeiliche Abteilung/Kommunikationszentrum]
P.O. Box 285 (Hausanschrift: Jokiniemenkuja 4)
FI-01301 Vantaa, Finnland
Tel. (24 Stunden):
+358 9 8388 6281
Fax: +358 9 8388 6299
E-Mail: KRP-RTP-VLP@krp.poliisi.fi
4. According to article 15 the national contact point for information exchange for major events:
- National Bureau of Investigation
Criminal Intelligence Division/
Communications Centre
P.O. Box 285 (visiting address:
Jokiniemenkuja 4)
FI-01301 VANTAA, FINLAND
Phone 24/7: +358 9 8388 6281
Telefax +358 9 8388 6299
E-mail: KRP-RTP-VLP@krp.poliisi.fi
4. Nationale Kontaktstelle für den Informationsaustausch bei Großveranstaltungen nach Artikel 15:
- National Bureau of Investigation
[Nationale Ermittlungsbehörde]
Criminal Intelligence Division/
Communications Centre [kriminalpolizeiliche Abteilung/Kommunikationszentrum]
P.O. Box 285 (Hausanschrift:
Jokiniemenkuja 4)
FI-01301 Vantaa, Finnland
Tel. (24 Stunden):
+358 9 8388 6281
Fax: +358 9 8388 6299
E-Mail: KRP-RTP-VLP@krp.poliisi.fi
5. According to article 16 paragraph 3 the national contact point for information exchange for the prevention of terrorist acts:
- The Finnish Security Police
P.O. Box 151
FI-00121 Helsinki, Finland
Phone international/Exchange:
+358 9 134471
Duty Officer 24/7
Mobile phone: +358 50 5910748
E-mail:
given.name.surname@poliisi.fi
5. Nationale Kontaktstelle für den Informationsaustausch zur Verhinderung terroristischer Handlungen nach Artikel 16 Absatz 3:
- The Finnish Security Police
[die finnische Sicherheitspolizei]
P.O. Box 151
FI-00121 Helsinki, Finnland
Tel./Zentrale: +358 9 134471
Beamter vom Dienst (24 Stunden):
+358 50 5910748 (mobil)
E-Mail:
vorname.nachname@poliisi.fi
6. According to article 19 the national contact and coordination point for air marshals:
- National Traffic Police, Helsinki-Vantaa Airport Unit
Lentäjäntie 1B or P.O. Box 26
FI-01531 VANTAA, FINLAND
Phone international/Exchange:
+358 9 8388 3700
Duty Officer 24/7
6. Nationale Kontakt- und Koordinierungsstelle für die Flugsicherheitsbegleiter nach Artikel 19:
- National Traffic Police, Helsinki-Vantaa Airport Unit [Nationale Verkehrspolizei, zuständige Einheit für den Flughafen Helsinki-Vantaa]
Lentäjäntie 1B oder P.O. Box 26
FI-01531 Vantaa, Finnland
Tel./Zentrale: +358 9 8388 3700

Mobile phone: +358 40 541 0038
 Telefax: +358 9 8388 3734
 E-mail:
 given.name.surname@poliisi.fi

7. According to article 22 the national contact and coordination point for document adviser:

National Bureau of Investigation
 Criminal Intelligence Division/
 Communications Centre
 P.O. Box 285 (visiting address:
 Jokiniemenkuja 4)
 FI-01301 VANTAA, FINLAND
 Duty Officer 24/7:
 +358 9 8388 6281
 Telefax +358 9 8388 6299
 E-mail: KRP-RTP-VLP@krp.poliisi.fi
 (NOTE: document analysis available during office hours)

8. According to article 23 paragraph 3 the national contact point for planning and execution of return measures:

Border Guard, Gulf of Finland
 Coast Guard District
 HELSINKI-VANTAA
 RAJATARKASTUSYKSIKKÖ
 HELSINKI-VANTAA BORDER CONTROL UNIT
 P.O. Box (Lentäjäntie 1)
 FI-01531 VANTAA
 Tel. +358 20 410 6260;
 +358 20 410 6265
 Fax. +358 20 410 6269
 E-mail: vp.hkivan.slmv@raja.fi

9. According to article 24 to 27 the national authorities and officers:

- a) according to article 24 the authorities in charge for joint patrols and other forms of police operations:

Ministry of the Interior, Police Department, Operational Policing Unit
 FI-00023 GOVERNMENT, FINLAND
 Phone international/Exchange:
 +358 9 16001
 Duty Officer 24/7
 Mobile phone: +358 50 514 2955
 Telefax +358 9 160 42924
 E-mail:
 given.name.surname@poliisi.fi

- b) according to article 24 officers or other civil servants with the right to participate in police operations:

Police, border guard and customs authorities competent under Finnish law to participate in operations in accordance with article 24.

Beamter vom Dienst (24 Stunden):
 +358 40 541 0038 (mobil)
 Fax: +358 9 8388 3734
 E-Mail:
 vorname.nachname@poliisi.fi

7. Nationale Kontakt- und Koordinierungsstelle für die Dokumentenberater nach Artikel 22:

National Bureau of Investigation
 [Nationale Ermittlungsbehörde]
 Criminal Intelligence Division/
 Communications Centre [kriminalpolizeiliche Abteilung/Kommunikationszentrum]
 P.O. Box 285 (Hausanschrift:
 Jokiniemenkuja 4)
 FI-01301 Vantaa, Finnland
 Beamter vom Dienst (24 Stunden):
 +358 9 8388 6281
 Fax: +358 9 8388 6299
 E-Mail: KRP-RTP-VLP@krp.poliisi.fi
 (Hinweis: Analyse von Dokumenten während der Bürozeiten möglich)

8. Nationale Kontaktstelle für die Planung und Durchführung von Rückführungen nach Artikel 23 Absatz 3:

Border Guard, Gulf of Finland
 Coast Guard District [Grenzschutz, Küstenwache des Kreises Finnischer Meerbusen]
 Helsinki-Vantaa
 Rajatarkastusyksikkö
 Helsinki-Vantaa Border Control Unit [Grenzkontrolleinheit Helsinki-Vantaa]
 P.O. Box (Lentäjäntie 1)
 FI-01531 Vantaa
 Tel.: +358 20 410 6260;
 +358 20 410 6265
 Fax: +358 20 410 6269
 E-Mail: vp.hkivan.slmv@raja.fi

9. Nationale Behörden und Beamte nach den Artikeln 24 bis 27:

- a) zuständige Behörden für gemeinsame Streifen und andere Arten von Polizeieinsätzen nach Artikel 24:

Ministry of the Interior, Police Department, Operational Policing Unit [Ministerium des Innern, Polizeiabteilung, Unterabteilung für Polizeiangelegenheiten]
 FI-00023 Government, Finnland
 Tel./Zentrale: +358 9 16001
 Beamter vom Dienst (24 Stunden):
 +358 50 514 2955 (mobil)
 Fax: +358 9 160 42924
 E-Mail:
 vorname.nachname@poliisi.fi

- b) Beamte oder sonstige staatliche Bedienstete, die zur Mitwirkung bei Polizeieinsätzen berechtigt sind, nach Artikel 24:

Polizei, Grenzschutz und Zollbehörden, die nach finnischem Recht zuständig sind, bei Einsätzen nach Artikel 24 mitzuwirken.

- c) according to article 25 the authorities to be notified in case of measures in the event of imminent danger:
- Ministry of the Interior, Police Department, Operational Policing Unit
FI-00023 GOVERNMENT, FINLAND
Phone international/Exchange: +358 9 16001
Duty Officer 24/7
Mobile phone: +358 50 514 2955
Telefax + 358 9 160 42924
E-mail:
given name.surname@poliisi.fi
- c) Behörden, die im Falle von Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr zu benachrichtigen sind, nach Artikel 25:
- Ministry of the Interior, Police Department, Operational Policing Unit [Ministerium des Innern, Polizeiabteilung, Unterabteilung für Polizeiangelegenheiten]
FI-00023 Government, Finnland
Tel./Zentrale: +358 9 16001
Beamter vom Dienst (24 Stunden): +358 50 514 2955 (mobil)
Fax: +358 9 160 42924
E-Mail:
vorname.nachname@poliisi.fi
- d) according [to] article 26 the authorities in charge with the mutual support in major events, catastrophes or major accidents:
- Ministry of the Interior, Police Department, Operational Policing Unit
FI-00023 GOVERNMENT, FINLAND
Phone international/Exchange: +358 9 16001
Duty Officer 24/7
Mobile phone: +358 50 514 2955
Telefax +358 9 160 42924
E-mail:
given name.surname@poliisi.fi
- d) zuständige Behörden für gegenseitige Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen nach Artikel 26:
- Ministry of the Interior, Police Department, Operational Policing Unit [Ministerium des Innern, Polizeiabteilung, Unterabteilung für Polizeiangelegenheiten]
FI-00023 Government, Finnland
Tel./Zentrale: +358 9 16001
Beamter vom Dienst (24 Stunden): +358 50 514 2955 (mobil)
Fax: +358 9 160 42924
E-Mail:
vorname.nachname@poliisi.fi
- e) according [to] article 27 the authorities in charge for the cooperation on request:
- Ministry of the Interior, Police Department, Operational Policing Unit
FI-00023 GOVERNMENT, FINLAND
Phone international/Exchange: +358 9 16001
Duty Officer 24/7
Mobile phone: +358 50 514 2955
Telefax +358 9 160 42924
E-mail:
given name.surname@poliisi.fi"
- e) zuständige Behörden für die Zusammenarbeit auf Ersuchen nach Artikel 27:
- Ministry of the Interior, Police Department, Operational Policing Unit [Ministerium des Innern, Polizeiabteilung, Unterabteilung für Polizeiangelegenheiten]
FI-00023 Government, Finnland
Tel./Zentrale: +358 9 16001
Beamter vom Dienst (24 Stunden): +358 50 514 2955 (mobil)
Fax: +358 9 160 42924
E-Mail:
vorname.nachname@poliisi.fi"

Österreich hat anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 21. Juni 2006 die nachfolgenden Erklärungen gemäß Artikel 2 Abs. 3 des Vertrags abgegeben:

„1. Erklärung zu Artikel 2 – 5:

Österreich geht davon aus, dass in der Durchführungsvereinbarung nach Art. 6 in verbindlicher Weise insbesondere die Voraussetzungen festzulegen sind, bei deren Vorliegen es zu einem Treffer im Sinne des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 des Übereinkommens kommt. Darüber hinaus geht Österreich davon aus, dass die Vertragsparteien internationale Standards zum Abgleich von DNA-Profilen, wie sie etwa im Rahmen von Interpol (1), aber auch im Rahmen der Europäischen Union (2) erarbeitet wurden und werden, bei der praktischen Anwendung der Art. 2 bis 5 sowie der Ausarbeitung der bezüglichen Durchführungsvereinbarung angemessen berücksichtigen werden.

Anmerkung: (1) Interpol International DNA Gateway, (2) Entschließung des Rates vom 25. Juni 2001 über den Austausch von DNS-Analyseergebnissen (2001/C 187/01).

2. Erklärung zu Artikel 2 Absatz 3:

Österreich gestattet den nationalen Kontaktstellen der anderen Vertragsparteien den Zugriff auf die Fundstellendatensätze seiner DNA-Analyse-Dateien mit dem Recht, diese im Einzelfall automatisiert mittels eines Vergleiches der DNA-Profile abzurufen, und zwar ausschließlich zum Zwecke der Verfolgung solcher Straftaten, die die Voraussetzung für die Erlassung eines Europäischen Haftbefehls nach Art. 2 Abs. 1 oder 2 des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten, ABl. Nr. L 190 vom 18.7.2002, 1, erfüllen.

3. Erklärung zu Artikel 8 bis 10:

Österreich geht davon aus, dass in der Durchführungsvereinbarung nach Art. 11 Abs. 2 in verbindlicher Weise insbesondere die maximale Anzahl der potentiell übereinstimmenden Fundstellendatensätze festzulegen ist, die von der Datei führenden Vertragspartei an die jeweils abrufende Vertragspartei zum Zwecke der endgültigen Zuordnung zu einem Fundstellendatensatz übermittelt werden dürfen.

4. Erklärung zu Artikel 23:

Für die Erteilung einer Genehmigung durch die Republik Österreich zur Rückführung einer Person über österreichisches Hoheitsgebiet durch eine andere Vertragspartei müssen die Weiterreise und die Übernahme durch das Zielland gesichert sein. Der Antrag auf Durchbeförderung wird abgelehnt, wenn die Person in einem weiteren Durchgangsstaat oder im Zielstaat

1. Gefahr läuft, unmenschlicher Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden, oder
2. in ihrem Leben oder ihrer Freiheit aus Gründen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihren politischen Ansichten bedroht wäre;
3. die Durchbeförderung abgelehnt werden kann, wenn die Person wegen einer strafbaren Handlung verfolgt werden müsste.

5. Erklärung zu Artikel 24 bis 27:

Gemäß der in Artikel 47 Absatz 2 Satz 2 eingeräumten Möglichkeit, wird die Republik Österreich in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland anstelle der Bestimmungen der Artikel 24 bis 27 die Artikel 7, 19, 21 und 22 des Vertrags zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten anwenden.

6. Erklärung gemäß Artikel 42:

Für Österreich werden die folgenden Dienststellen des Bundesministeriums für Inneres und folgende Behörden und Beamte benannt:

1. nach Artikel 6 Absatz 1 die nationalen Kontaktstellen für die DNA-Analyse: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Bundeskriminalamt
2. nach Artikel 11 Absatz 1 die nationalen Kontaktstellen für die daktyloskopischen Daten: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Bundeskriminalamt
3. nach Artikel 12 Absatz 2 die nationalen Kontaktstellen für die Daten aus den Fahrzeugregistern: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Bundeskriminalamt
4. nach Artikel 15 die nationalen Kontaktstellen für den Informationsaustausch bei Großveranstaltungen: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
5. nach Artikel 16 Absatz 3 die nationalen Kontaktstellen für Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, BVT
6. nach Artikel 19 die nationalen Kontakt- und Koordinierungsstellen für die Flugsicherheitsbegleiter: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, EKO Cobra
7. nach Artikel 22 die nationalen Kontakt- und Koordinierungsstellen für die Dokumentenberater: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Abteilung II/2
8. nach Artikel 23 Absatz 3 die nationalen Kontaktstellen für die Planung und Durchführung von Rückführungen: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Abteilung II/3.
9. nach den Artikeln 24 bis 27 die zuständigen Behörden und Beamten. Das sind:
 - gemäß Artikel 24 jene Behörden, die gemeinsame Streifen sowie sonstige Einsatzformen bilden: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Referat II/2/a (Exekutivdienst)
 - gemäß Artikel 24 jene Beamten oder sonstigen staatlichen Bediensteten, die bei solchen Einsätzen mitwirken: Angehörige der Bundespolizei und des rechtskundigen Dienstes der Sicherheitsbehörden
 - gemäß Artikel 25 jene Stellen, die bei Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr unverzüglich zu unterrichten sind: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
 - gemäß Artikel 26 jene Behörden, die für die gegenseitige Unterstützung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen zuständig sind: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
 - gemäß Artikel 27 jene Behörden, die für die Zusammenarbeit über Ersuchen zuständig sind: die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Bundeskriminalamt.“

Spanien hat anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 3. August 2006 die nachfolgende Erklärung gemäß Artikel 2 Abs. 3 des Vertrags abgegeben:

(Übersetzung)

„El Reino de España declara que la Secretaría de Estado de Seguridad del Ministerio del Interior es la Autoridad competente a los efectos previstos en el Artículo 42 del Tratado.“

„Das Königreich Spanien erklärt, dass das Staatssekretariat für Sicherheit des Inneministeriums die nach Artikel 42 des Vertrags zuständige Behörde ist.“

Berlin, den 21. Juni 2007

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Holger Raasch

**Bekanntmachung
des Corrigendum 1
und Berichtigung der Anlage
zur 18. ADR-Änderungsverordnung**

Vom 25. Juni 2007

Zu der Anlage zur 18. Verordnung zur Änderung der Anlagen A und B zum ADR-Übereinkommen (18. ADR-Änderungsverordnung) vom 8. September 2006 (BGBl. 2006 II S. 826) wird nachfolgend das Corrigendum 1 der UN/ECE WP.15 (ECE/TRANS/185/Corr.1) in Englisch und eine Berichtigung der deutschen Übersetzung bekannt gemacht.

Berlin, den 25. Juni 2007

Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Im Auftrag
H. Rein

Corrigendum 1

Volume I

1. 1.1.3.6.3 **Table, Transport category 0, Column (2), Class 1**
Delete 1.4L
2. 1.2.1 **Definition of "Container", fourth indent**
Insert a paragraph break before the text in parenthesis and align this text to the left.
3. 1.2.1 **Definition of "Flammable component"**
For the existing text substitute
"Flammable component" (for aerosols) means flammable liquids, flammable solids or flammable gases and gas mixtures as defined in Notes 1 to 3 of sub-section 31.1.3 of Part III of the Manual of Tests and Criteria. This designation does not cover pyrophoric, self-heating or water-reactive substances. The chemical heat of combustion shall be determined by one of the following methods ASTM D 240, ISO/FDIS 13943: 1999 (E/F) 86.1 to 86.3 or NFPA 30B;
4. 1.2.1 **Definition of "Hermetically closed tank", last indent**
Not applicable to English
5. 1.2.1 **Definition of "Intermediate bulk container", sub-paragraph (c)**
Insert a paragraph break before the text in parenthesis and align this text to the left.
6. 1.2.1 **Definition of "Large container", NOTE**
For 2.2.7.1.2 read 2.2.7.2
7. 1.6.1.12 **First sentence**
Not applicable to English
8. 1.8.3.11 (b) **Thirteenth indent**
For transport document read transport documents
9. 2.1.3.4.1 **Class 6.1, UN No. 1614**
Not applicable to English
10. 2.2.1.1.7.5 **Table, column headed "Definition", against "Bengal stick"**
Not applicable to English
11. 2.2.41.3 **List of collective entries, classification code DT**
Insert Only substances listed in before Table A of Chapter 3.2
12. 2.2.61.1.14 For 88/379/EEC⁴ read 1999/45/EC⁴
13. 2.2.61.1.14 **Footnote 4**
For the existing text substitute
Directive 1999/45/EC of the European Parliament and of the Council of 31 May 1999 on the approximation of laws, regulations and administrative provisions of the Member States relating to the classification, packaging and labelling of dangerous preparations (Official Journal of the European Communities No. L 200 of 30 July 1999, pages 1 to 68).
14. 2.2.62.1.4.1 **Table, column headed "Microorganism", against "UN No. 2900"**
Delete Bluetongue virus
15. 2.2.62.1.5.6 (b) For is be placed read is placed
16. 2.2.62.1.5.6 **NOTE**
Align the NOTE to the left.
17. 2.2.62.1.11.1 **Footnote 5**
Insert (replaced by the Directive 2006/12/EC of the European Parliament and of the Council (Official Journal of the European Communities No. L 114 of 27 April 2006, page 9)) after Council Directive 75/442/EEC on waste
18. 2.2.8.1.9 **First indent**
For 88/379/EEC⁴ read 1999/45/EC⁴
19. 2.2.8.1.9 **Footnote 4**
For the existing text substitute
Directive 1999/45/EC of the European Parliament and of the Council of 31 May 1999 on the approximation of laws, regulations and administrative provisions of the Member States relating to the classification, packaging and labelling of dangerous preparations (Official Journal of the European Communities No. L 200 of 30 July 1999, pages 1 to 68).
20. 2.2.9.1.11 **NOTE 1**
For the existing text substitute
NOTE 1: GMMOs and GMOs which are infectious are substances of Class 6.2, UN Nos. 2814, 2900 or 3373.

21. **2.2.9.1.12** For the existing text substitute
(Deleted)
22. **3.1.2.2** At the end, delete each supplemented with the technical name of the goods (see 3.1.2.8.1).
23. **3.2.1**

Table A of Chapter 3.2

UN No.	Column	Correction
0226	(2) second line	Not applicable to English
0322	(2) left page only	For § read ROCKET MOTORS WITH HYPERGOLIC LIQUIDS with or without expelling charge
1250	(2)	For METHYLTRICHLOROSILAN E read METHYLTRICHLOROSILANE
2059 second entry	(2) right page only	Not applicable to English

24. **3.2.2**

Table B of Chapter 3.2

For

BUTADIENES, STABILIZED, having a vapour pressure at 70 °C not exceeding 1.1 MPa (11 bar) and a density at 50 °C not lower than 0.525 kg/l	1010	2	
---	------	---	--

read

BUTADIENES, STABILIZED, (1,2-butadiene)	1010	2	
BUTADIENES, STABILIZED, (1,3-butadiene)	1010	2	

Volume II

25. **3.3.1** **SP 637 First and second sentences**

For the existing text substitute

Genetically modified microorganisms and genetically modified organisms are those which are not dangerous for humans and animals, but which could alter animals, plants, microbiological substances and ecosystems in such a way as cannot occur naturally. Genetically modified microorganisms and genetically modified organisms are not subject to the requirements of ADR when authorized for use by the competent authorities of the countries of origin, transit and destination¹.

26. **4.1.1**

NOTE

For the existing text substitute

NOTE: For the packing of goods of Classes 2, 6.2 and 7, the general provisions of this section only apply as indicated in 4.1.8.2 (Class 6.2), 4.1.9.1.5 (Class 7) and in the applicable packing instructions of 4.1.4 (P201 for Class 2 and P620, P621, IBC620 and LP621 for Class 6.2).

27. **4.1.1.3**

First sentence

Insert otherwise before provided

28. **4.1.1.19.2**

First sentence

For 6.1.5.3.4 read 6.1.5.3.5

29. **4.1.3.6.1 (b)**

Not applicable to English

30. **4.1.4.1**

P001, PP81

For hydrofluoric acid read hydrogen fluoride

31. **4.1.4.1**

P200 (9) (a)

For 4C read 4TC

32. **4.1.4.1**

P200, Table 2, column headed "Classification code", against "1043"

For 2A read 4A

33. **4.1.6.14**

Table, column headed "Reference", against "4.1.6.8 Valves with inherent protection", first entry

For Annex B of ISO 10297:1999 read Annex A of EN ISO 10297:2006

34. **4.1.6.14**

Table, column headed "Reference", against "4.1.6.8 Valves with inherent protection", second entry

Delete

35. **4.2.4.2**

Second sentence

For 6.2.1.5 read 6.2.1.6

36. **4.3.4.1.1**

Table, Part 3, in the explanation of "A" and "B"

For bottom-filling and discharge openings read bottom-filling or bottom-discharge openings

37. **5.1.2.1 (b)**

Not applicable to English

38. 5.4.1.2.2 (a) **Last sentence**

For (see also 3.1.2.8.1.2); read (see also 3.1.2.8.1.2). The composition of the mixture need not be given when the technical names authorized by special provisions 581, 582 or 583 are used to supplement the proper shipping name;

39. 6.1.5.3.1 **Table, column headed “No. of test samples”, against “(d) Bags – single-ply without a side seam, or multi-ply”**

For Two (two drops per bag) read Three (two drops per bag)

40. 6.1.5.7.2 and 6.1.5.7.3

Delete high molecular mass

41. 6.4.23.14 **Indent (x)**

Renumber as (w).

42. 6.7.1.1 **First sentence**

Delete of Classes 2, 3, 4.1, 4.2, 4.3, 5.1, 5.2, 6.1, 6.2, 7, 8 and 9

43. 6.7.5.12.4 **Second sentence**

For 6.2.1.5 read 6.2.1.6

44. 6.8.2.7 **Not applicable to English**45. 7.1.1 **First sentence**

For particular type of carriage read particular type of transport equipment

46. 7.3.2.6.1 **Heading**

For UN Nos. read UN No.

47. 7.5.11 **CV33 (1.1) (c) (i)**

For Table A read Table B

48. 7.5.11 **CV33 (3.5) (b)**

Not applicable to English

49. 8.6.4 **In the Russian text, in the NOTE after the table**

For 0160 read 0161

50. 8.6.4 **In the Russian text, in the NOTE after the table**

For C4000D read C5000D

Additional correction which applies only to the CD Rom version51. 3.2.1 **Table A of Chapter 3.2**

UN No.	Column	Correction
1296	(2) left page only	For TRICHLOROSILANE read TRIETHYLAMINE

Anmerkungen:

1. Änderungsanweisungen aus der englischen Fassung des Dokuments ECE/TRANS/185/Corr.1, die nicht die deutsche Übersetzung betreffen, sind nicht aufgeführt.
2. Die Fußnoten hinter den Änderungsanweisungen haben folgende Bedeutung:
 - 1) Siehe Dokument ECE/TRANS/185/Corr. 1.
 - 2) Berichtigung der deutschen Übersetzung.

(Übersetzung)

Teil 1

- 1.1.3.6.3** In der Spalte 2 der Tabelle unter Beförderungskategorie 0 bei „Klasse 1“ streichen:
„1.4 L.“.¹⁾
- 1.2.1** Die Begriffsbestimmung für „entzündbarer Bestandteil“ erhält folgenden Wortlaut:
„**Entzündbare Bestandteile** (Druckgaspackungen): Entzündbare flüssige Stoffe, entzündbare feste Stoffe oder die im Handbuch Prüfungen und Kriterien Teil III Unterabschnitt 31.1.3 Bem. 1 bis 3 definierten entzündbaren Gase oder Gasgemische. Durch diese Bezeichnung werden pyrophore, selbsterhitzungsfähige oder mit Wasser reagierende Stoffe nicht erfasst. Die chemische Verbrennungswärme ist durch eines der folgenden Verfahren zu bestimmen: ASTM D 240, ISO/FDIS 13943:1999 (E/F) 86.1 bis 86.3 oder NFPA 30B.“¹⁾
- 1.6.1.11** „des Abschnitts 6.1.6 a) entsprechen“ ändern in:
„des Unterabschnitts 6.1.6.1 a) entsprechen“.²⁾

Teil 2

- 2.2.1.1.7.5** In der zweiten Spalte der Tabelle „Kugelbombe aus Kugelbombe“ ändern in:
„Kugelbombe aus Kugelbomben“.²⁾
- 2.2.61.1.11.1** Die Bem. erhält am Ende folgenden Wortlaut:
„... , darf das darin enthaltene Zuordnungssystem nicht für Zwecke der Zuordnung der Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) für die Beförderung oder der Bestimmung ihrer Verpackungsgruppen, was nach den Vorschriften des ADR erfolgen muss, verwendet werden.“²⁾
- 2.2.61.1.14** „88/379/EWG⁴⁾“ ändern in:
„1999/45/EG⁴⁾“.¹⁾
- Die Fußnote 4) erhält folgenden Wortlaut:
„⁴⁾ Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 1999 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 200 vom 30. Juli 1999, Seiten 1 bis 68).“¹⁾
- 2.2.62.1.11.1** In der Fußnote 5) nach „75/442/EWG des Rates über Abfälle“ einfügen:
„[ersetzt durch Richtlinie 2006/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 114 vom 27. April 2006, Seite 9)]“.¹⁾
- 2.2.8.1.9** Im ersten Spiegelstrich „88/379/EWG¹⁴⁾“ ändern in:
„1999/45/EG¹⁴⁾“.¹⁾
- Die Fußnote 14) erhält folgenden Wortlaut:
„¹⁴⁾ Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 1999 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 200 vom 30. Juli 1999, Seiten 1 bis 68).“¹⁾
- 2.2.9.1.11** Die Bem. 1 erhält folgenden Wortlaut:
„1. GMMO und GMO, die ansteckungsgefährliche Stoffe sind, sind Stoffe der Klasse 6.2 (UN-Nummer 2814, 2900 oder 3373).“¹⁾
- 2.2.9.1.12** erhält folgenden Wortlaut:
„(bleibt offen)“.¹⁾

Teil 3**Tabelle A**

- UN 3473** „BRENNSTOFFZELLEN-KARTUSCHE“ ändern in:
„BRENNSTOFFZELLEN-KARTUSCHEN“.²⁾

Tabelle B

„BRENNSTOFFZELLEN-KARTUSCHE“ ändern in:

„BRENNSTOFFZELLEN-KARTUSCHEN“.²⁾

Unter „GENETISCH VERÄNDERTE ORGANISMEN 3245“ in der Spalte „Bem.“ streichen:

„2.2.9.1.12“.²⁾

Die Eintragung für „Kalumbifluorid, siehe“ erhält in den Spalten 1 und 2 folgenden Wortlaut:

„Kalumbifluorid, fest: siehe 1811“.²⁾

Folgende neue Eintragung einfügen:

Benennung	UN-Nr.	Bem.
„Kalumbifluorid, Lösung	3421“ ²⁾	

3.3.1

SV 169 „Tetrahydrophthalsäureanhydrid“ ändern in:

„Tetrahydrophthalsäureanhydride“.²⁾

SV 292 „innerhalb dieses Grenzwertes“ ändern in:

„, die diesen Grenzwert nicht überschreiten,“.²⁾

SV 637 Im ersten Satz nach „Genetisch veränderte Mikroorganismen“ einfügen:

„und genetisch veränderte Organismen“.¹⁾

Der zweite Satz erhält folgenden Wortlaut:

„Genetisch veränderte Mikroorganismen und genetisch veränderte Organismen unterliegen nicht den Vorschriften des ADR, wenn sie von den zuständigen Behörden der Ursprungs-, Transit- und Bestimmungsländer zur Verwendung zugelassen wurden.“¹⁾

Der Wortlaut der Fußnote 1) bleibt unverändert.¹⁾

SV 652 „Zeppeline“ bzw. „Zeppelinen“ ändern in:

„Heißluft-Luftschiffe“ bzw. „Heißluft-Schiffen“.²⁾

Teil 4

4.1.1 Die Bem. erhält folgenden Wortlaut:

Bem. Für das Verpacken von Gütern der Klassen 2, 6.2 und 7 gelten die allgemeinen Vorschriften dieses Abschnitts nur, wenn dies in Unterabschnitt 4.1.8.2 (Klasse 6.2), Absatz 4.1.9.1.5 (Klasse 7) und in den anwendbaren Verpackungsanweisungen des Abschnitts 4.1.4 (P 201 für die Klasse 2 sowie P 620, P 621, IBC 620 und LP 621 für die Klasse 6.2) angegeben ist.^{“1)}

4.1.1.19.6 In der Tabelle erhält die Stoffbenennung für UN 2614 folgenden Wortlaut:

„Methylallylalkohol“.²⁾

4.1.4.1

P 200 In Absatz (9) a) am Ende „4 C“ ändern in:

„4 TC“.¹⁾

In der Spalte „Klassifizierungscode“ der Tabelle 2 unter UN-Nummer 1043 „2 A“ ändern in:

„4 A“.¹⁾

Die Fußnote b) zur Tabelle 3 erhält folgenden Wortlaut:

„^{b)} Ein füllungsfreier Raum von mindestens 8 Volumen-% ist vorgeschrieben.“²⁾

4.1.4.2

IBC 08 In der Sondervorschrift für die Verpackung B 6 „Prüfanforderungen nach Kapitel 6.5“ ändern in:

„Prüfvorschriften des Kapitels 6.5“.²⁾

4.1.6.14 In der Spalte „Referenz“ der Tabelle „Anlage B zu ISO 10297:1999“ ändern in:

„Anlage A zu EN ISO 10297:2006“.¹⁾

In der Tabelle den Verweis auf „Anlage A zu EN 849:1996/A2:2001“ vollständig streichen.¹⁾

4.2.4.2

Im zweiten Satz „6.2.1.5“ ändern in:

„6.2.1.6“.¹⁾

4.3.2.2.4

„Tanks“ ändern in:

„Tankkörper“.²⁾

Teil 5

5.2.2.1.11.1 Im ersten Satz nach „Container“ einfügen:

„, die radioaktive Stoffe enthalten.“²⁾

Im ersten Satz vor „Gefahrzetteln“ einfügen:

„mit mindestens zwei“.²⁾

5.4.1.2.2 a) Am Ende folgenden Satz hinzufügen:

„Die Zusammensetzung des Gemisches braucht nicht angegeben zu werden, wenn als Ergänzung zur offiziellen Benennung für die Beförderung die durch die Sondervorschrift 581, 582 oder 583 zugelassenen technischen Benennungen verwendet werden.“¹⁾

Teil 6

6.1.3.2 Im ersten Satz „in dauerhafter Form“ ändern in:

„in bleibender Form“²⁾

6.1.5.2.6 Im letzten Unterabsatz streichen:

„hoher Dichte“.²⁾

6.1.5.3.1 In der Spalte „Anzahl der Prüfmuster“ der Tabelle unter „d) Säcke – einlagig ohne Seitennaht oder mehrlagig“ „zwei (zwei Fallversuche je Sack)“ ändern in:

„drei (zwei Fallversuche je Sack)“.¹⁾

6.1.5.7.2 und

6.1.5.7.3 Vor „Polyethylen“ streichen:

„hochmolekularem“.¹⁾

6.2.3 Im vierten Unterabsatz „Zweck des Regelwerks“ ändern in:

„Gegenstand des Regelwerks“.²⁾

6.2.4.3.2.2.1 b),

6.2.5.6.3.1 c) und

6.2.5.7.3.1 b) „Qualitätssicherheit“ ändern in:

„Qualitätssicherung“.²⁾

6.2.4.3.3 In der Fußnote 4) „Qualitätssicherheit“ ändern in:

„Qualitätssicherung“.²⁾

6.4.21.6 „1/s“ ändern in:

„l/s“ (zweimal).²⁾

6.5.6.3.5 Im letzten Unterabsatz streichen:

„hoher Dichte“.²⁾

6.7.1.1 „von Stoffen der Klassen 2, 3, 4.1, 4.2, 4.3, 5.1, 5.2, 6.1, 6.2, 7, 8 und 9“ ändern in:

„gefährlicher Güter“.¹⁾

6.7.5.12.1 „Abschnitt 40“ ändern in:

„Abschnitt 41“.²⁾

6.7.5.12.4 Im zweiten Satz „6.2.1.5“ ändern in:

„6.2.1.6“.¹⁾

6.8.2.5.1 Der neue sechste Spiegelstrich erhält folgenden Wortlaut:

„– äußerer Auslegungsdruck (siehe Absatz 6.8.2.1.7)¹²⁾;“.²⁾

6.8.2.7 Im vierten Unterabsatz „Zweck des Regelwerks“ ändern in:

„Gegenstand des Regelwerks“.²⁾

Teil 7

7.1.1 Im ersten Satz „eines bestimmten Beförderungsmittels“ ändern in:

„einer bestimmten Beförderungsausrüstung“.¹⁾

7.5.2.1 Die Fußnote b) zur Tabelle erhält folgenden Wortlaut:

„^{b)} Zusammenladung von Gütern der Klasse 1 mit Rettungsmitteln der Klasse 9 (UN-Nummern 2990, 3072 und 3268) zugelassen.“²⁾

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgb@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgb.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Beitrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

7.5.11

CV 33

In den Unterabsätzen a) (i), b) (i) und c) (i) des Absatzes (1.1) vor „Tabelle“ jeweils einfügen:
„nachstehender“.²⁾

In Absatz (3.3) a) „der Beförderung von LSA-I-Stoffen“ ändern in:

„von Sendungen von LSA-I-Stoffen“.²⁾

In den Absätzen (2), (3.3) a) und (3.3) c) vor „Tabelle“ jeweils einfügen:

„nachstehender“.²⁾

In Absatz (4.2) vor „Tabelle“ einfügen:

„oben stehender“.²⁾